



Leitartikel

von Walter Hämmerle

## Zumutungen für Mitglieder

Während am Donnerstag in Niederösterreich eine neue Ära mit der Demütigung beginnt, dass die ÖVP Johanna Mikl-Leitner ganz allein zur Landeshauptfrau wählen muss, erlebt die SPÖ aufs Neue die Bestätigung, dass halbherzige oder halbdurchdachte Lösungen nur noch mehr Probleme bringen. Eigentlich sollte die Mitgliederbefragung eine Entscheidung im Machtkampf zwischen Pamela Rendi-Wagner und Hans Peter Doskozil herbeiführen. Doch diese an sich simple Ja/Nein-Frage wächst sich zu einer Studie über Idee und Zweckmäßigkeit innerparteilicher Demokratie aus – durchgeführt am lebenden Körper einer Partei, die sich in der Opposition fühlt wie ein Fisch an Land. Parteien sind, historisch betrachtet, ein Mittel zur Durchsetzung konkreter politischer Interessen, Macht ist ihr Daseinszweck. In Demokratien gilt, dass die Parteien selbst nach demokratischen Prinzipien organisiert sein müssen. In Österreich hat sich dabei bei den Traditionsparteien das Konzept der Zustimmungsdemokratie durchgesetzt, wo die Basis den Parteioberen ohne große Debatten folgt. Anders halten dies Grüne und Neos, die zu einer Zeit gegründet wurden, als Mitglieder und Funktionäre schon auf Mitsprache pochten. Dass ausgerechnet Menschen mit einem roten oder schwarzen

Parteibuch zur Gefolgschaft verdonnert sind, andernfalls als Unruhestifter oder Verräter abgestempelt werden, ist paradox. An den Wettbewerb zwischen den Parteien haben wir uns gewöhnt, offene Konkurrenz in Parteien gilt als Problem. Tatsächlich erwarten die meisten Wähler von ihrer Bewegung Geschlossenheit nach innen wie außen. Wer zu sehr mit sich selbst beschäftigt ist, dem nimmt man nicht ab, sich auch noch um anderes zu kümmern. Nun wird in der SPÖ aus dem Duell ein Drei- oder Mehrkampf um die Spitze,

*Mehr innerparteiliche Demokratie ist eine Sehnsucht. Mit Erlösung ist eher nicht zu rechnen.*

was einen Rattenschwanz an weiteren Fragen nach sich zieht. Deren schwerwiegendste lautet: Was tun mit all den relativen Mehr- und Minderheiten in der Partei, die ein solcher Wettbewerb amtlich feststellt? Fraktionierungen werden so verfestigt statt aufgelöst. Die ursprünglich geplante, doch dann stark verwässerte Parteiform der SPÖ hätte auch vorgesehen, dass Koalitionsabkommen der Basis zur Abstimmung vorgelegt werden müssen. Wie würden wohl die Mitglieder der ÖVP Niederösterreich über den schwarz-blauen Pakt entscheiden? Wie würden sie zwischen Machterhalt und Wahlversprechen entscheiden? Beim Nachdenken über Österreich verfallt man fast automatisch auf die seltsamsten Gedanken.

leitartikel@wienerzeitung.at

## Trendy



Karikatur: „Wiener Zeitung“ / Wolfgang Ammer

## Zitate zum Tag

„Unser Kampf gegen die Inflation ist noch nicht vorbei. Ich habe nach wie vor den Eindruck, dass der Preisdruck in der gesamten Wirtschaft stark und breit angelegt ist. Es liegt noch ein weiter Weg vor uns, aber wir nähern uns dem restriktiven Bereich. Die EZB muss den Forderungen nach einer Zinssenkung widerstehen.“

Joachim Nagel, Chef der Deutschen Bundesbank

„Dass die ÖVP berechtigte Sorgen und Bedenken aus der Zivilgesellschaft gegen Schwarz-Blau lapidar als ‚Beißreflex‘ abkanzelt, zeugt von Präpotenz und Machtbesessenheit. Statt mit der SPÖ die Teuerung und die soziale Krise zu bekämpfen,

haben sich die Bünde der Volkspartei für die FPÖ als kleineres Übel entschieden.“

SPÖ-Klubobmann Hannes Weninger kritisiert das Arbeitsübereinkommen in Niederösterreich

„Wir wissen, dass es da jetzt natürlich eine große Aufregung gibt. Es hat bereits in der Vergangenheit auf diversen Ebenen Bündnisse der ÖVP oder auch der SPÖ mit den Freiheitlichen gegeben.“

ÖVP-Landesgeschäftsführer Bernhard Ebner

„Wir begrüßen, dass die Regierung die Bundesmittel für die Wohnbeihilfe aufstockt, bevor es überhaupt keine Hilfe gibt. Die Einigung in letzter Minute ist

aber wieder ein Paradebeispiel dafür, dass die Unterstützung erst ankommt, wenn es eigentlich schon zu spät ist. Das ist vor allem für junge Menschen problematisch. Denn mit 1. April werden die Richtwertmieten um 8,6 Prozent steigen, auf das Geld werden sie aber noch warten müssen.“

Fiona Herzog, Vorsitzende der Bundesjugendvertretung

„Wir kaufen Elektroautos, weil sie als nachhaltiger gelten. Aber ein Elektroauto ist nicht nachhaltig, wenn man die Batterie nach einem kleinen Unfall wegwerfen muss.“

Matthew Avery vom Analysehaus Thatcham Research – schon der kleinste Kratzer an der Batterie kann zum Totalschaden führen

## Nie wieder . . . und doch schon wieder!

### Gastkommentar

von Christian Felber

Der Autor ist Initiator der Gemeinwohl-Ökonomie und der Genossenschaft für Gemeinwohl, die mit dem Umweltcenter Gunsirichen in Österreich ein Gemeinwohl-konto anbietet. Buchtipp: „Geld. Die neuen Spielregeln“ (Deuticke 2014).

Unmittelbar nach der globalen Finanzkrise 2008 verkündete die damalige deutsche Kanzlerin Angela Merkel, dass künftig „alle Finanzmärkte, Produkte und Akteure reguliert oder überwacht werden“. Ende 2014 versprach sie, dass „Steuerzahler nie wieder dafür eintreten müssen, dass große Banken zusammenbrechen“. 15 Jahre später wird in der zweitgrößten Bankeninsolvenz in der US-Geschichte die Silicon Valley Bank von der staatlichen Einlagensicherung übernommen, wenige Tage später verhindert die Schweizer Nationalbank den Totalkollaps des Flaggschiffs Credit Suisse – einer der 30 sogenannten globalen Systembanken. Das Chaos ist auf den Finanzmärkten zurück. Die Frage, die im Raum steht, lautet, warum die Regulierungen nach der globalen Finanzkrise nicht gegriffen haben und eine Wiederholung der Geschichte nicht verhindern konnten. Die G20 und der Basler Ausschuss

haben Eigenkapitalregeln beschlossen, die EU hat eine eigene Bankenunion mit drei Säulen aus dem Boden gestampft. 2015 zählte der Dortmunder Finanzprofessor Hermann Schulte-Mattler 34.019 Seiten an Regulierungen. Die bittere Antwort könnte lauten: Es wurde quantitativ überreguliert, aber die entscheidenden Zügel wurden dabei nicht gestrafft. Was kann aus dem aktuellen Fall gelernt werden, und welche wirksamen Reformen könnten eine Endlos-Wiederholung der Geschichte verhindern? Erstens braucht es eine Größengrenze für Banken. Die Schwelle könnte in einem ersten Schritt bei einer Bilanzsumme von 100 Milliarden Euro eingezogen werden. Besser, es gibt viele Banken, und jede einzelne kann

*Das Chaos ist auf den Finanzmärkten zurück.*

in die Insolvenz gelassen werden. Dann gilt gleiches Recht für alle, und die Systemstabilität wird entscheidend erhöht. Die Einverleibung einer Bank mit einer Bilanzsumme von 535 Milliarden Euro (Credit Suisse) durch eine doppelt so große (UBS) geht genau in die falsche Richtung. Zweitens müssen die Eigenkapitalanforderungen stark progressiv gestaltet werden. Die aktuellen Basel-III-Regeln sehen bloß 3 Prozent ungewichtete Kernkapitalquote vor, das ist nahezu ein Witz. Für die 30 global systemrelevanten Banken gelten zusätzlich zwischen 1 Prozent Kernkapital im untersten Korb (darin liegen Credit Suisse und UBS seit Jahren) und höchstens 3,5 Prozent im obersten Korb, der vielsagenderweise leer ist. Die

renommierten Bankenexperten Anat Admati und Martin Hellwig sprechen von 20 bis 30 Prozent Eigenkapital, die früher durchaus üblich waren. Solche Anforderungen müssten zumindest für die größten Institute mit zum Beispiel 80 bis 100 Milliarden Euro Bilanzsumme gelten, darunter könnte es Abstufungen geben. Drittens wäre eine Nachschusspflicht für die privaten Eigentümer taumelnder Banken ein wirksamer Sicherheitsanker – um öffentliche Gelder ein für alle Mal zu schonen. Ganz abgesehen von den 200 Milliarden Franken an Notkredit für Credit Suisse und UBS, die für wirklich systemrelevante Wirtschaftszweige nicht zur Verfügung stehen: Mit den 9 Milliarden Franken, die für Haftungen bereit stehen, könnten alternativ neun Start-up-Banken mit je 1 Milliarde Franken ausgestattet werden, die nachhaltige Projekte in der sozialen Kreislauf- und Gemeinwohl-Ökonomie finanzieren.